

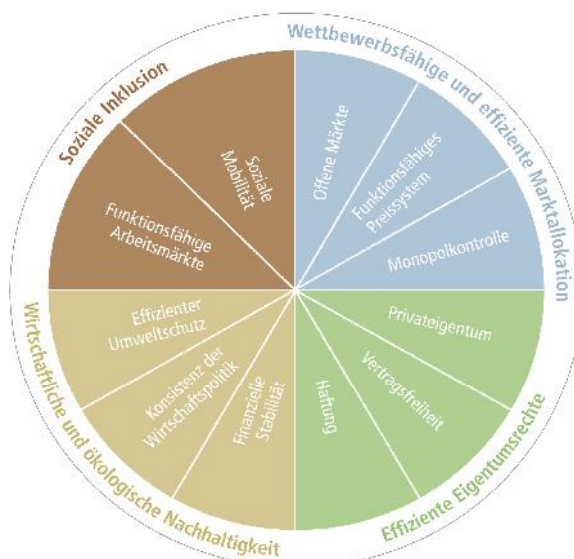


Soziale Marktwirtschaft in Europa? - Indexergebnisse

Laut dem Vertrag von Lissabon strebt die Europäische Union eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ als gemeinsame Wirtschaftsordnung an. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die Mitgliedstaaten jedoch darüber verständigen, welche Institutionen eine moderne soziale Marktwirtschaft ausmachen. Die Ergebnisse des Index moderner sozialer Marktwirtschaften („Index of Modern Social Market Economies“, IMSME) weisen Kongruenz in Bezug auf eine liberale Marktwirtschaft und starke Abweichungen hinsichtlich der für eine soziale Marktwirtschaft unabdingbaren Grundsätze auf.

Fokus

Abbildung 1: Index-Struktur



Das Konzept des IMSME baut auf den konstitutiven und regulativen Grundsätzen einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft nach Walter Eucken auf, modernisiert sie jedoch entsprechend den Herausforderungen und gesellschaftlichen Erwartungen von heute und definiert sie unter Berücksichtigung funktionaler Äquivalenzen in anderen Ländern.

Cornie Shupe
Programm
"Nachhaltig
Wirtschaften"

Telefon:
+49 5241 81-81530
E-Mail:
cornie.shupe@
bertelsmann-
stiftung.de

Der IMSME bietet ein Konzept für die institutionelle Definition der Strukturen und Grundsätze, die eine soziale Marktwirtschaft ausmachen (siehe Bertelsmann Stiftung 2012). Damit geht er über lediglich ergebnisorientierte Messinstrumente hinaus und vermeidet somit methodische Schwierigkeiten, etwa die wechselseitige Abhängigkeit von Input- und Outputgrößen. Er liefert damit eine Grundlage für die weiter reichende Verständigung unter den Mitgliedsstaaten, welche Institutionen für die Schaffung einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft (SMW) erforderlich sind. Die Studie füllt eine Datenlücke in Bezug auf mehrere institutionelle Bereiche der modernen SMW und führt aus, welche institutionellen Rahmenwerke ihre Stärken positiv oder aber ihre Schwächen negativ beeinflussen. Dabei hängt die Wirksamkeit eines Grundsatzes von der Wirksamkeit aller anderen Grundsätze ab und gilt nur dann wirklich als moderne SMW, wenn sie in allen Bereichen gut bewertet wird. Obwohl das Index-Projekt hauptsächlich ein Konzept für die Vermessung der Institutionen einer modernen SMW erstellt und in seiner Stabilität testet, ermöglichen die Ergebnisse dieser Explorationsstudie Einblicke in die Vor- und

Nachteile der zurzeit bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in den einzelnen Ländern. Somit ist die Studie Ausgangspunkt für Diskussionen über institutionelle Reformen im Hinblick auf eine SMW in den Mitgliedsstaaten und auf gesamteuropäischer Ebene.

Die Heterogenität wirtschaftlicher Ergebnisse und politischer Maßnahmen in der EU stellt keine Überraschung dar, wenn man die jeweils unterschiedliche Ausgangslage und die Vorteile der einzelnen Volkswirtschaften miteinander vergleicht. Aus diesem Grund definiert der IMSME die Institutionen der modernen SMW gemäß den fundamentalen Grundsätzen, die der europäischen Politik einen gemeinsamen Nenner verleihen und sie in die vereinbarte Richtung steuern könnten.

Die starken Abweichungen, die die Explorationsstudie bei den in der Stichprobe vertretenen Mitgliedsstaaten der EU und der EWU feststellt, führen zu wichtigen Fragen über das Ausmaß notwendiger im Gegensatz zu tatsächlicher Politik und die Koordination gemeinsam vereinbarter Institutionen. Die bisher erreichte institutionelle Konvergenz erfolgte vor allem durch Liberalisierung, d.h. die Beseitigung von

Abbildung 2: Aggregierte Index-Ergebnisse



Quelle: Auf der Projektwebseite www.bertelsmann-stiftung.de/globalmonitoring befinden sich eine detaillierte Analyse der Index-Ergebnisse, vollständige Länderberichte sowie alle verwendeten Daten.

Hindernissen im Bereich der vier Freiheiten: Freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Diese Konvergenz wird in der nachstehenden Abbildung 2 anhand der Häufung ziemlich hoher EU-Länderbewertungen im Bereich der Prinzipien „Offene Märkte“, „Privateigentum“ und „Vertragsfreiheit“ deutlich. Die Konvergenz hauptsächlich bei diesen Grundsätzen zeigt, dass die EU sich in die Richtung eines Modells liberaler statt sozialer Marktwirtschaft bewegt.

Die Ergebnisse der Studie unterstützen die These von Fritz Scharpf und anderen, dass die derzeitigen Steuerungsstrukturen in der EU eine überwiegend negative Integration erzielen (d.h. beim Abbau von Hindernissen), aber kaum funktionierende Konzepte für eine positive Integration in Schlüsselbereichen besitzen. Den Vertrag von Lissabon legt der Europäische Gerichtshof so aus, dass durch seine unmittelbaren Urteile die negative bzw. liberalisierende Integration durchzusetzen ist. Darüber hinaus sorgen Entscheidungen wie im Fall Van Gend und Loos (C-26/62, 5.2.1963), bei denen die Vertragsrechte nicht nur als Rechte vom Staat, sondern auch als Rechte einzelner EU-Bürger definiert wurden, dafür dass zur Durchsetzung ihrer Rechte auch natürliche und juristische Personen selbst aktiv werden können (Scharpf 2009). Dagegen orientiert sich die positive Integration in Schlüsselbereichen der Politik (d.h. die Abstimmung und Koordination von Instrumenten) zurzeit größtenteils an der offenen Methode der Koordinierung (OMK), die bei der Koordination gemeinsamer politischer Maßnahmen nicht den Erfolg aufweisen kann, den die Instrumente negativer Integration erzielt haben (siehe z.B. die Analyse der Schwächen der OMK in Goulard und Bailey 2010). Fortschritte in diesem Bereich hin zu einer ausgewogenen SMW erfordern Einigkeit über zielgerichtete Ansätze.

Nach einer kurzen Darstellung der Bereiche, in denen bezüglich einiger Prinzipien der modernen SMW strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern bestehen, konzentriert sich dieser Policy Brief vor allem auf die mangelnde Konvergenz der restlichen institutionellen Bereichen, die für die Gleichgewichtung der modernen SMW entscheidend sind.

Kongruenz

Die sechs untersuchten EU-Länder sind bei den Prinzipien für offene Märkte, Privateigentum, Wettbewerb und Vertragsfreiheit sehr gut aufgestellt und zeigen keine erheblichen Abweichungen. Diese Bereiche stehen insbesondere für die Kongruenz bei den vier Freiheiten, die im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt sind. Die Unterschiede zwischen den EU-Ländern in Bezug auf Privateigentum und Vertragsfreiheit sind besonders gering.

Trotz der relativ hohen Kongruenz müssen einige Unterschiede bei den Prinzipien „offene Märkte“ und „Wettbewerb“ erwähnt werden. Bei der Beurteilung der Institutionen, die die Offenheit der Märkte gewährleisten, werden alle Faktormärkte berücksichtigt. Das in Bezug auf dieses Prinzip höchstbewertete Land, Schweden, verfügt über sehr offene Arbeits-, Kapital- und Produktmärkte, während Frankreich seine inländischen Märkte in höherem Maße als andere Länder in der Stichprobe abschottet und das einzige Land unter den acht darstellt, das den Produktmarkt stärker reguliert als der OECD-Durchschnitt, insbesondere zum Schutz von in Frankreich ansässigen Großunternehmen.

Bei der Modernisierung des Prinzips offener Märkte für die heutige Situation erweist sich die Öffnung des Arbeitsmarktes

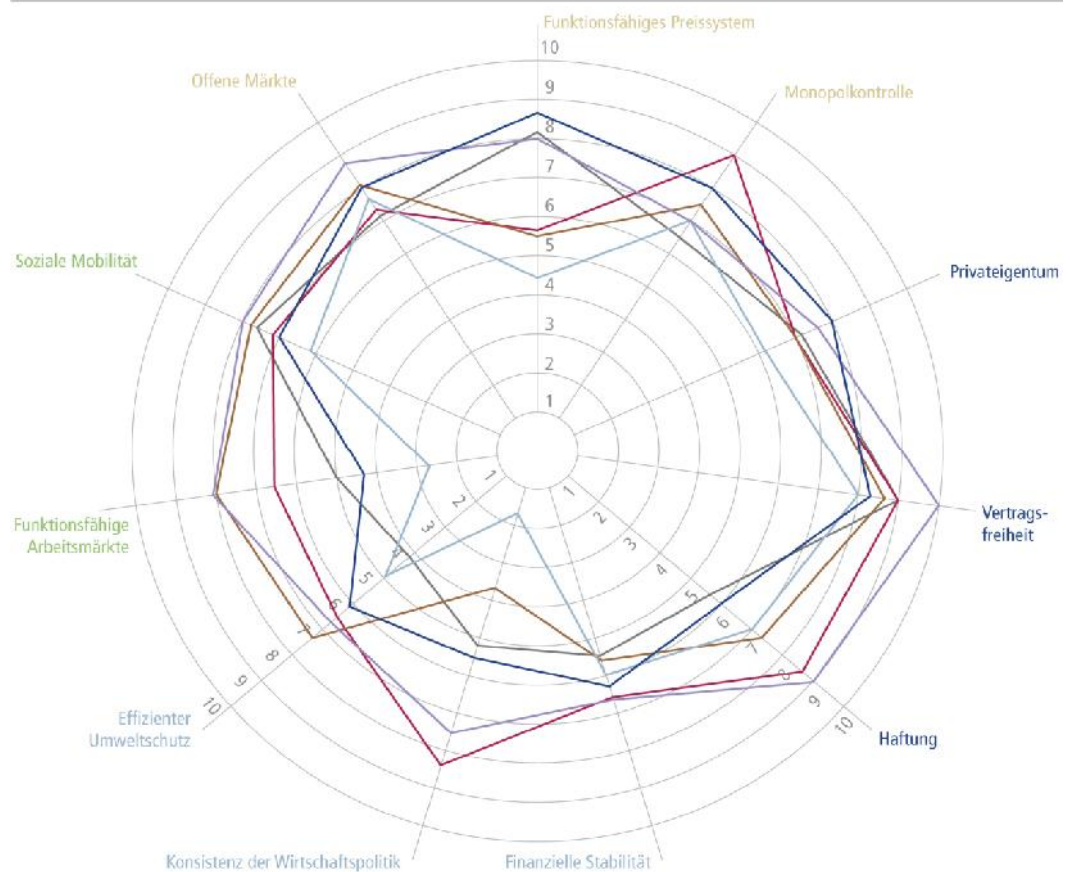
in Form der Migrationsfreiheit als entscheidend für eine moderne SMW. Obwohl Deutschland insgesamt hohe Bewertungen erzielt, erhält es die niedrigste Bewertung (6) im Vergleich zu den anderen Ländern für die Institutionen und Maßnahmen im Bereich Einwanderung von Arbeitskräften und Integration. Es ist eines der wenigen Länder mit keiner am eigenen wirtschaftlichen Interesse orientierten Einwanderungspolitik und nur wenigen Vorschriften zur Förderung der Einwanderung und Integration hochqualifizierter Arbeitskräfte. Dagegen verfügt Schweden über ein transparentes Einwanderungssystem für eine zielgerichtete Wirtschaftsmigration qualifizierter Arbeitskräfte, das von seiner humanitär bedingten Asylpolitik getrennt ist. Als integ-

raler Bestandteil einer offenen Arbeitsmigration unterstützen und verlangen die Maßnahmen Schwedens die Integration von Arbeitsmigranten.

Deutschland und das Vereinigte Königreich (UK) werden für ihre Institutionen zur Förderung des Wettbewerbs sehr positiv beurteilt. Eine durchsetzungsfähige Kartellbehörde dient als institutioneller Dreh- und Angelpunkt für die Förderung von Wettbewerb in der Wirtschaft. Diesbezüglich erhält UK die höchstmögliche Beurteilung, und Frankreich sowie Deutschland erzielen ebenfalls hohe Werte. Deutschlands Gesetze und Vorschriften für Wettbewerbsstrukturen in der Medienbranche sind besonders hervorzuheben, da sie strukturelle Vielfalt fördern, sodass

Abbildung 3: Kongruenz und Varianz ausgewählter EU-Volkswirtschaften

Ländervergleich nach Prinzipien



— Frankreich — Deutschland — Niederlande — Spanien — Schweden — Großbritannien

Quelle: Index-Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

die Öffentlichkeit Zugang zu bedeutenden Diskussionen und Informationen besitzt. Im Gegensatz dazu büßen Frankreich und UK aufgrund ihrer oligopolistischen Medienstrukturen im Zeitungs- und Rundfunkwesen Bewertungspunkte ein.

Abweichungen

Konstanz der Wirtschaftspolitik

Das Kriterium „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ misst, inwieweit die Wirtschaftspolitik langfristig angelegt ist. Nur wenn das Vertrauen in die Langfristigkeit der Politik besteht, werden Zukunftsinvestitionen getätigt. Das Land mit der höchsten Punktzahl, Schweden, investiert auch den größten Anteil seines BIP in Forschung und Entwicklung, während das Land mit der niedrigsten Punktzahl, Spanien, am wenigsten investiert. Darüber hinaus bestehen wichtige Unterschiede zwischen den einzelnen EU- und sogar EWU-Ländern hinsichtlich der Kontrolle der finanziellen Haushaltskonsolidierung und der Verknüpfung der Rentensysteme an die Lebenserwartung. Deutschland ist das einzige Land unter den acht, das eine Schuldenbremse in seine Verfassung aufgenommen hat. Sechs der acht Länder haben mittels einer Reform ihrer Rentensysteme eine Verknüpfung zwischen Finanzierung und demografischem Wandel hergestellt; die Ausnahmen sind die Niederlande und Spanien.

Funktionierendes Preissystem

Ein funktionierendes Preissystem erkennt man daran, dass marktverzerrende Subventionen und Preiskontrollen weitestgehend fehlen. In der Praxis setzen alle Länder die eine oder andere Form der Preiskontrolle ein, was teilweise auf ein Marktversagen zurückgeführt werden kann. Nichtsdestoweniger gibt es erhebliche Un-

terschiede zwischen Ländern, die relativ hohe Bewertungen erhalten, wie z.B. UK, und denjenigen, die in Bezug auf alle drei damit zusammenhängenden Indikatoren schlecht abschneiden. Gemessen an den Daten des Fraser Instituts haben Frankreich und Spanien von allen Ländern in der Stichprobe die meisten Preiskontrollen. Jedoch steigert Frankreich seine Gesamtbewertung dank seiner relativ niedrigen Subventionen und Transferleistungen. Deutschland, Spanien und die Niederlande erhalten Punktabzüge für ihre relativ hohen preisverzerrenden Subventionen.

Haftung

Aufgrund fehlender bestehender Daten für die Messung der Haftung wurden qualitative Indikatoren entwickelt, um die Qualität der Institutionen zu messen, die die Haftung im Zusammenhang mit Privateigentum fördern: Insolvenzvorschriften für Privatpersonen, Anreize für eine langfristige Gewinnorientierung bei Führungskräften und das Verhältnis zwischen sowie die Förderung von Mittelstands- und Großunternehmen. Schweden führt in Bezug dieses Prinzip, dicht gefolgt von Deutschland.

Im Hinblick auf die Vorschriften für Privatinsolvenz berücksichtigten die Experten bei ihrer Bewertung Aspekte wie die Zeit bis zur Restschuldbefreiung bzw. Schuldenverjährung und die Mechanismen für die Schuldeneintreibung, die die Kreditaufnahme von Privatpersonen und ihre Risikobereitschaft beeinflussen. Seit dem Jahr 2000 ermöglicht eine EU-Richtlinie den EU-Bürgern innerhalb der EU ihre Privatinsolvenz an ihrem jeweiligen Wohnsitz anzumelden, unabhängig davon, in welchem Land sie ihre Schulden haben. Die EU-Länder haben jedoch ihre Privatinsolvenzvorschriften nicht aneinander angepasst, was zu Vollstreckungsproblemen und Externalitäten unter den Mitglieds-

staaten führt, in denen der Schuldendienst gesetzlich schärfer geregelt ist.

In Mittelstandsunternehmen sind die Geschäftsführer häufig auch die Eigentümer, so dass diese gleichzeitig haften. Deutschland erhält die höchsten Punktzahlen für seine lange Tradition der Mittelstandsförderung über zahlreiche, sich gegenseitig stärkende Institutionen. Demgegenüber zeigt die langsame Entwicklung des französischen Mittelstands, dass auch bei durchaus gut ausgerichteten Maßnahmen in diesem Bereich eine langfristige Sichtweise und die Konstanz der Politik erforderlich sind, um neue Institutionen erfolgreich einzuführen. Eine der höchsten Punktzahlen in diesem Bereich erreicht Spanien, das seine Maßnahmen recht erfolgreich dezentralisiert hat, um den Mittelstand zu fördern.

Das schwedische Recht verfügt über eine ganze Reihe von Bestimmungen, die Schweden im Bereich der Institutionen zur Förderung verantwortlichen Managements auf den ersten Platz bringen. Innerhalb der EU gibt es erhebliche Unterschiede bei den Anreizen zur Förderung der langfristigen der kurzfristigen Profitorientierung. So liegen UK und die Niederlande nur knapp über den USA, einem Land, das beispielhaft für eine Wirtschaft ist, die sich stark auf kurzfristiges Gewinnstreben konzentriert, am wenigsten Wert auf die Haftung der Führungskräfte legt und diese Ausrichtung auch in anderen mit der Haftung von Führungskräften zusammenhängenden Bereichen zeigt.

Das Fehlen paritätischer Mitbestimmung von Arbeitnehmern ist ein Beispiel – ohne das Recht auf Betriebsräte (oder andere Formen dezentralisierter Institutionen, die die paritätische Mitbestimmung fördern), profitieren die USA nicht von der stärkeren Führungstransparenz, die häufig mit solchen Gremien einhergeht.

Wirksamer Umweltschutz

Kein Land erhielt eine Bestbewertung für Marktinstrumente, die wirksam externe Effekte internalisieren. Schweden erhält eine gute Bewertung aufgrund seiner Vielzahl von Steuern, die die Preise bestimmter Waren näher an deren tatsächliche Kosten heranrücken. Das Land investiert auch den Erlös aus „grünen“ Steuern in die Verbesserung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sowie der Infrastruktur. In Deutschland hingegen fließt der Erlös aus der dort erhobenen Energiesteuer in die Finanzierung des Sozialversicherungssystems und dient nicht schwerpunktmäßig der Reinvestition in eine umweltfreundliche Infrastruktur. Insofern sind die Internalisierungseffekte „grüner“ Steuern in Deutschland begrenzt. Trotz gemeinsamer Vorschriften für die Umweltpolitik unterscheiden sich die Einhaltung und Vollstreckung der entsprechenden Gesetze in den EU-Ländern. Deutschland und Spanien subventionieren umweltschädliche Industrien in größerem Umfang als andere Länder. Des Weiteren variieren Benzinsteuern erheblich, obwohl der EU-Rahmen einheitlich konzipiert ist.

Funktionsfähiger Arbeitsmarkt

Ein funktionsfähiger Arbeitsmarkt bildet den Grundstock für eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, sowohl während des Arbeitslebens als auch im Ruhestand. Spanien erzielt bezüglich dieses Prinzips einen besonders niedrigen Wert. Der Länderbericht beschreibt, wie die Schwäche einiger Institutionen de facto die Leistungsschwäche in anderen Bereichen verstärken. Schweden und die durchgehend positive Bewertung für ihre unterstützenden Institutionen in diesem Bereich. Die aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland verdient sich eine Bestnote für ihren Erfolg bei der Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen und ihre

Finanzierungsentscheidungen auf Basis von Kosten-Nutzen-Analysen. Die Strukturanalyse enthüllt jedoch auch Schwächen in Form von Asymmetrien, die die Entstehung eines dualen Arbeitsmarktes fördern. Obwohl Deutschland den Kern seines Arbeitsmarktes nicht so weitgehend schützt wie Spanien, trugen die Hartz-Reformen der letzten Jahre mit ihrer Konzentration auf die Liberalisierung des Niedriglohnssektors zu einer dualen Entwicklung im Arbeitsmarkt bei.

Duale Arbeitsmarktstrukturen sind in Frankreich und Spanien noch ausgeprägter. Dass beiden Ländern eine funktionierende Sozialpartnerschaft fehlt, trägt dazu bei. Gewerkschaften kämpfen dort traditionell für Arbeitsplatzbesitzer, so dass Reformen, die auf die Liberalisierung paralleler Arbeitsmärkte für Außenseiter setzen, den Weg des geringsten Widerstands darstellen. Eine weitere Ursache besteht in der Ausgestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. In Spanien mangelt es an Umschulungen und Weiterbildungen. Die Ausgaben für aktivierende Maßnahmen pro Arbeitslosen fallen insgesamt sehr gering. Frankreich investiert zwar erhebliche Summen in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, konzentriert seine Bemühungen jedoch hauptsächlich auf Subventionen für Arbeitgeber und Anreize für Umschulung und Mobilität. Auch UK weist Defizite bei Investitionen in Umschulungen und Weiterbildung auf. Darüber hinaus ist der Kündigungsschutz sehr schwach ausgeprägt, wodurch Investitionen in Humankapital nur in unzureichendem Maße vorgenommen werden.

Fazit

Ein kürzlich erschienener Policy Brief (Shupe 2012) befasst sich mit den Schwächen der OMK bei der Koordination und

Zusammenführung einiger der wichtigsten Politikbereiche der EU. Der vorliegende Policy Brief geht darüber hinaus, lediglich Unterschiede der Wirtschaftsleistung zu betrachten und hebt vielmehr die Unterschiedlichkeit der Strukturen und Grundsätze hervor, an denen sich die politischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten, insbesondere in den Bereichen finanzielle Haushaltskonsolidierung, funktionsfähiger Arbeitsmarkt, Haftung, wirksamer Umweltschutz und funktionierendes Preissystem orientieren. Genau diese Bereiche sind jedoch entscheidend für das Entstehen einer wirklich sozialen Marktwirtschaft.

Zum Erlangen desselben Grades an Integrationserfolg, der im Bereich der vier Freiheiten erzielt werden konnte, bedarf es solider Vereinbarungen über konkrete Maßnahmen und Institutionen, die eine in hohem Maße wettbewerbsfähige SMW ausmachen. Ohne weitere politische Koordination bleibt der gemeinsame Nenner der zurzeit bestehenden europäischen Wirtschaftsordnung auf die Liberalisierung des gemeinsamen europäischen Marktes beschränkt.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung. Index of Modern Social Market Economies: Explorative Study (2012).
- Goulard, Sylvie and Heather Bailey. „Beyond the Open Method of Coordination.“ In Challenge Europe, Issue 20: Europe 2020: delivering well-being for future Europeans. European Policy Center (2010).
- Scharpf, Fritz W. "The Double Asymmetry of European Integration." MPIfG Working Paper 09/12 (2009).
- Shupe, Cortnie. "Measuring the Modern Social Market Economy." Policy Brief 2012/04, Bertelsmann Stiftung (2012).

Policy Brief 2013/01: Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland

Deutschland profitiert erheblich vom Euro. Die Mitgliedschaft in der Währungsunion reduziert die Kosten des internationalen Handels und schützt vor starken Wechselkurschwankungen. Selbst wenn Deutschland einen Großteil seiner Forderungen abschreiben müsste, die es aufgrund der Euro-Rettungsmaßnahmen gegenüber den stark verschuldeten Staaten hat, überwiegen die Vorteile aus der Währungsunion nach wie vor. Eine Rückkehr zur D-Mark wäre daher selbst bei einer rein wirtschaftlichen Betrachtung schädlich.

Policy Brief 2013/02: Green and Fair Economy - ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften

Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine gleichberechtigte Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension. Das Konzept der *Green and Fair Economy* – ist grundsätzlich geeignet, eine Wirtschafts- und Finanzkrise, wie wir sie in den letzten fünf Jahren erlebt haben, wenn schon nicht zu vermeiden, so doch wenigstens in ihren negativen Auswirkungen abzumildern. Wichtig dabei ist eine möglichst integrierte Ausgestaltung des Konzeptes auf politischer, wirtschaftlicher und individueller Ebene.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Demnächst erscheint:

- Bessere Beschäftigungschancen für ältere Arbeitskräfte